

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei Krupski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitenstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedhofstr. Ecke 4;
in Grah bei Herrn F. Streifand;
in Frankfurt a. M.:
G. F. Danke & Co.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Kudolph Moser;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel:
Hanssen & Vogler;
in Berlin:
A. Reimer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Kahl.

Nr. 192.

Das Abonnement auf die mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blätter beträgt vier-
teljährlich für die Stadt Posen 14 Taler, für ganz
Preußen 1 Taler 24 Sgr. — Die Expedition er-
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Dienstag, 25. April

1871.

Amtliches.

Berlin, 24. April. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht:
Dem Stadtgericht-Rath Loos hieselbst und dem Pfarrer Müller zu
Kammerfeld, Kr. Altentrich, den Rotten Adler-Orden 4. Kl.; dem pensionir-
ten Steuer-Einnehmer, Rechnungs-Rath Schneider zu Eri, den
Kgl. Kronen-Orden 4. Kl., sowie dem Fräulein Glagau, Tochter des Ren-
tlers Glagau zu Kolberg, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen;
den Kreisgericht-Rath v. Kunowski zu Neustadt in Oberschlesien zum
Direktor des Kreisgerichts in Gabeligen zu ernennen; den Obergerichts-
Assessor Franke in Meppen und die Kreisrichter Winnenberg in Aurich
und Earenz in Hameln zu Obergerichts-Räthen; und den Kreisgerichts-
Direktor Schulz zu Genthin in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht
in Halberstadt zu versetzen; sowie dem Kandidaten Eucht zu E. Lehnen den
Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Der Kgl. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor Jordan zu Star-
gard i. Pommern ist in gleicher Eigenschaft nach Ratibor versetzt, sowie der
bisherige Kgl. Eisenbahn-Bauinspektor Stod zu Breslau zum Kgl. Eisen-
bahn-Bau-Inspektor ernannt und demselben die Betriebs-Inspektorstelle
bei der Stargard-Posener Eisenbahn zu Stargard in Pommern verliehen
worden.

Der außerordentliche Professor in der medizinischen Fakultät der Uni-
versität zu Göttingen, Dr. Schweigger, ist in gleicher Eigenschaft an die
hiesige Universität versetzt worden. Am evangelischen Schullehrer Seminar
zu Segeberg ist der Lehrer Voesh von der höheren Knabenschule daselbst
als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

Das Gesetz wegen der Prämienanleihen.

B. A. C. Berlin, 24. April. Der Gesetzentwurf, be-
treffend die Inhaber-Papiere mit Prämien, Prämien-
anleihen, welcher heute auf der Tages-Ordnung des Reichs-
tags stand, erregt sehr viele Bedenken. Einen Hauptgrund für
diese Bedenken bildet die dem Gesetzentwurfe beigefügte Liste
derjenigen Prämien-Anleihen, welche auch in Zukunft innerhalb
des deutschen Reiches Gültigkeit haben sollen. Erstens fehlen
in dieser Liste 15 verschiedene Prämien-Anleihen; zweitens ist
der Betrag der Prämien-Anleihen nach ihrer ersten Ausgabe
aufgeführt; es ist also in dieser Ziffer auch der Betrag der be-
reits ausgelassenen Papiere mit aufzunehmen; endlich sind
darin Papiere aufgeführt, welche zugulassen gar kein Grund be-
steht. Was für ein Interesse haben wir z. B. davon, daß die
Esterhazy-Loose oder die Loose der Stadt Bukarest auch ferner
in deutschen Reiches zum geschäftlichen Verkehr zugelassen sein
sollen? Wir vermögen dieses um so weniger einzusehen, als
die in diese Liste aufgenommenen Prämien-Anleihen offenbar
dadurch eine besondere Bevorzugung erhalten, daß keine
neuen Prämien-Anleihen mehr geschaffen werden können; es
wird ihre Stellung dadurch zu einer privilegierten erhoben.
Die Idee, welche dieser Liste zu Grunde liegt, scheint uns sehr
bedenklich. Die Zahl der Stücke und Loose, in welchen die
aufgeführten Prämien-Anleihen ausgegeben sind, ist schon jetzt eine
enorm große; sie beträgt nach einer ziemlich sichern Aufstel-
lung 18 Mill.; es dürfte damit die volle Höhe der Prämienan-
leihen, welche der Verkehr überhaupt aufzunehmen im Stande
ist, bereits überschritten sein, wie sich dieses auch dadurch zeigt,
daß die neuesten Prämienanleihen noch keineswegs voll begeben
sind, daß davon entweder in der Hand der Ausgeber selbst oder
der mit dem Vertrieb beauftragten Banquiers noch eine große
Menge ruhen. Endlich will es uns ganz ungerechtfertigt er-
scheinen, daß in die Liste auch die neueste Prämienanleihe auf-
genommen ist, welche von der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft
Bezugs Beschaffung des Baukapitals für die Paris-Hamburger
Bahn in Hamburg emittirt worden ist. Diese Anleihe ist be-
kanntlich ausgegeben worden, nachdem der Norddeutsche Reichs-
tag im vergangenen Jahre bereits den Beschluß gefaßt hatte, daß
die Bundesregierungen keine weiteren Prämienanleihen konsesio-
niren möchten. Die Regierung der freien Stadt Hamburg hat
sich an diesen Beschluß nicht gebunden erachtet; daß sich die
Banquiers rührten, um dieses Geschäft ganz munter in Bewe-
gung zu setzen, kann man denselben weiter nicht verdenken. Es
sind inzwischen aber 20 Mill. Thaler Prämienanleihen mehr an
den Markt gekommen, als im vorigen Jahre bei Gelegenheit
des Reichstagsbeschlusses vorhanden waren. Dieser nachgeschobene
Prämienanleihe kann nun doch kaum eine besonders privi-
legirte Stellung eingeräumt werden; es würde dieses das Vor-
gehen der freien Stadt Hamburg, welches von großer Mißachtung
des Reichstages zeugt, förmlich prämitiren heißen. Es erscheint
aus den hier aufgeführten Gründen sehr bedenklich, eine
unmöglich in der erforderlichen Vollständigkeit aufzustellende
Liste dem Gesetze zu Grunde zu legen; wir würden einem
andern Wege den Vorzug geben. Man möge bestimmen,
daß binnen einer kurzen Frist nach Erlass des Gesetzes Jeder,
der im Besitze von Prämien-Anleihen ist, dieselben nebst Cou-
pons zur Absteampelung bei den im Gesetze zu bezeichnenden
Behörden zu präsentiren habe; wer sich innerhalb dieser Frist
nicht meldet, wird mit seinen Ansprüchen ausgeschlossen. Der
geschäftliche Verkehr mit allen nicht gestempelten Stücken und
Coupons wird im Reiches verboten. Das scheint uns ein sehr
viel sicherer Weg zu sein, als der, welcher im Gesetze eingeschla-
gen worden ist, besonders wenn man noch die weitere Bestim-
mung hinzusetzt, daß bei der Einreichung der Stücke und Cou-
pons zur Absteampelung, die eidesstattliche Versicherung abzugeben
ist, daß der, welcher die Absteampelung nachsucht, oder wer sonst
der Besitzer ist. Es ist dieses das einzige Mittel, die Besitzer
solcher Papiere vor Schaden zu bewahren und doch diese Pa-
piere allmählig vom deutschen Markte zu verdrängen. Wir wissen
zwar, daß es sehr viele Leute giebt, welche für Prämien-Anleihen

schwärmen und das Glück ihrer Zukunft darin sehen; nament-
lich giebt es solche Schwärmer auch unter den Landwirthen,
welche glauben, daß es möglich sei, Prämien-Anleihen in belie-
biger Höhe auszugeben, während doch für diese Papiere der
Markt naturgemäß ein beschränkter sein wird und sein muß, und
die Höhe, welche derselbe zu tragen vermag, schon gegenwärtig
überschritten zu sein scheint. Was soll daraus werden, wenn
nun auch noch die Gutsbesitzer mit ein paar Millionen Thaler
Prämien-Anleihen an den Markt kommen?

Deutschland.

Berlin, 24. April. [Die Kriegskostenfrage.
„Der kaiserliche Prinz und Preußen.“ Soiree bei
Bismarck. Strife.] Die heutige Erklärung des Fürsten-
Reichskanzlers in der Plenarsitzung des Reichstages widerlegt,
indem sie die augenblickliche politische Situation genau kenn-
zeichnet, gleichzeitig das Gerücht, welches davon spricht, die fran-
zösische Regierung (heißt die Versailler) habe die erste Rate der
Kriegskosten gezahlt. Es scheint, als ob dies Gerücht keinen
anderen Zweck haben soll, als den Cours der französischen Pa-
piere ein wenig zu beleben. Nicht die erste Rate der Kriegs-
kosten, sondern die schon seit langer Zeit fällige erste Rate der
Verpflegungskosten für die deutschen Armeen ist es, welche zwar
noch nicht gezahlt, aber doch in Aussicht gestellt ist. Für diesen
Fall hat man, um es der Regierung des Herrn Thiers leicht
zu machen, wenigstens einmal den übernommenen Verpflichtun-
gen nachzukommen, von der Bestimmung abgesehen, daß die
Zahlungen in Silber resp. in Gold erfolgen sollen und hat nach-
gegeben, daß dieselben für diesmal in französischen Bankbills
geleistet werden können. — Das bonapartistische Komitee in
England hat wieder ein Lebenszeichen von sich gegeben. Unter
dem Titel: „Der kaiserliche Prinz und Preußen“ ist soeben in
London eine anonyme Brochure erschienen, in welcher der Ver-
fasser nach einander die Chancen der verschiedenen Prätendenten
auf den Thron Frankreichs prüft; es versteht sich von selbst, daß,
wie schon der Titel anzeigt, der Verfasser nur Chancen für die
Dynastie Bonaparte sieht, weil diese Frankreich nie zum Spiel-
ball persönlichen Ehrgeizes gemacht habe!! Frankreich, schreibt
vor allem die Ordnung; die konstitutionelle oder parlamentarische
Monarchie habe in sich keine Kraft, keine Autorität. Nur das
Kaiserreich hat dieselbe vollkommen. Man möge den Monarchen,
welchen die Nationalversammlung abgesetzt, ohne ein Recht oder
ein Mandat hierzu zu haben, wie immer beurtheilen, so würde
man zugeben müssen, daß er mit seiner Auffassung, das Kai-
serreich könne nur als unmittelbares und direktes Produkt des sich
frei äußernden Nationalwillens bestehen, vollständig Recht behalten
habe. Welche andere Regierung könnte einen Ursprung aufweisen,
der ihr eine gleiche moralische Autorität verleihen würde? Weder
die Republik, noch die konstitutionelle Monarchie könne für
Frankreich die innere Ruhe und den Frieden herstellen, in welchem
allein es wieder Heil und Wohlfahrt finden wird. Aber auch
nur das Kaiserreich werde im Stande sein, an Preußen die
feierliche und schreckliche Rache zu vollziehen, die es durch sein
rückwärtsloses Vorgehen gegen Frankreich verdient hat; nur das
Kaiserreich wird in der Verfassung sein, die große Schuld für
die Schande der erlittenen Invasion an Preußen heimzuzahlen.
Das Kaiserreich muß dies thun, nicht nur weil es besiegt wor-
den, sondern auch weil es die höchste Personifikation der nationalen
Ehre und des militärischen Ruhmes ist!! „Noblesse oblige
heißt es; wenn man also auf seinem Schilde die glänzenden
Namen von Marengo, Austerlitz und Sena trägt, kann man nach
Sedan nicht mehr ruhiger und gleichgültiger Zuschauer bleiben.“
Diese Rodomontade ist der würdige Schluß des Nachwerks.
Am Sonnabend fand die zweite Reichstagssoiree beim Fürsten
Bismarck statt. Von der Zentrumsparthei waren viele Abgeordnete
erschienen, unter ihnen Bischof v. Ketteler, Rouffon, Windthorst
(Meppen). Letzterer befand sich längere Zeit mit dem Fürsten
Bismarck im Gespräch. — Die seit mehreren Wochen vorbe-
reite Arbeitsstellenstellung der Schuhmachergesellen ist seit heute
früh zur Thatfache geworden. In einer heut Vormittag ab-
gehaltenen, von mehr als 2000 Gesellen besuchten Versammlung
wurde konstatirt, daß in den meisten der großen Werkstätten
die Arbeit ganz ruht, in anderen die Gesellen nur noch die be-
gonnene Arbeit vollenden, einzelne der mittleren und kleinen
Meister dagegen den Forderungen der Gesellen (25 Prozent
Lohnaufbesserung auf Grund eines von den Meistern zu unter-
schreibenden Reverses) bereits nachgegeben haben, so daß bei ihnen
die Arbeit fortgesetzt wird. — Was die Mittel zur Durchführung
des Streikes anlangt, dessen Dauer die Gesellen auf höchstens
14 Tage schätzen, so sollen die Unversetzbaren bewogen werden,
Berlin zu verlassen, zu welchem Behufe ihnen außerhalb Be-
sitzung nach Möglichkeit nachgewiesen wird. Die Verhetzungen
werden je nach dem Bedürfnis und Vermögen aus der Stri-
klasse unterstützt. — Die Meister wollen zwar eine allmählig auf-
steigende Lohnhöhe gewähren, lehnen aber die Unterzeichnung
des Reverses unter allen Umständen ab und beanspruchen, mit
den einzelnen Gesellen, nicht mit der Gesamtheit derselben zu
verhandeln. — Diese Propositionen sind zwar von den Gesellen
rundweg abgelehnt, doch ist trotzdem die Möglichkeit noch nicht
ganz ausgeschlossen, daß schließlich doch noch ein gütliches Abkommen
zwischen beiden Theilen getroffen wird.

Inferate 14 Sgr. die fünfzehntelne Zeile oder
deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher,
und an die Expedition zu richten und werden für
die am demselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

— Wie die „Kreuztg.“ hört, hat der Reichskanzler Fürst
Bismarck dem Bundesrathe eine Vorlage in Betreff der Noth-
wendigkeit der Errichtung eines Parlamentsgebäudes ge-
macht. Als das zunächst vorliegende Projekt wird darin von
Neuem der Bau in dem Garten des Bundeskanzleramtes, Wil-
helmsstraße 74, bezeichnet; für den Fall eines größeren monu-
mental Baues dagegen vornämlich auf zwei Grundstücke hin-
gewiesen: nämlich einerseits auf die Verbindung des Reichstags-
gebäudes mit dem preussischen Parlamentsgebäude auf dem sehr
ausgedehnten Terrain der Porzellanmanufaktur, andererseits auf
den Theil des Königsplatzes, welcher jetzt von der Racynski-
Galerie theilweise eingenommen wird.

— Auf Befehl des Königs von Sachsen, hat das zweite
Grenadier-Regiment Nr. 101, König Wilhelm von Preußen,
fortan den Namen „2. Grenadier-Regiment Nr. 101 Kaiser
Wilhelm, König von Preußen“, zu führen.

— In Toul wurde am 9. April ein deutscher Sol-
tensacker eingeweiht, auf welchem die während der Belagerung
von Toul Gefallenen, sowie die als Opfer für das deutsche Va-
terland in den dortigen Lazarethen an ihren Wunden und Krank-
heiten verstorbenen deutschen Krieger ihre Ruhestätte fanden.

Die Städte wird für alle Seiten deutsches Eigentum bleiben, ist in
Quadratform erbaut und mit festen, soliden Mauern umgeben. An der In-
nenwand derselben sind die aus Eisenholz gefertigten Kreuze der dort ruhen-
den 78 Krieger, von denen die Mehrzahl aus Westfalen und Nord-
deutschen, sowie aus 10 Batern besteht, mit Namen, Heimath und Abthei-
lung, in der sie gedient, verlesen, an allen vier Seiten angebracht. In der
Mitte des in überraschend kurzer Zeit schon plantirten und das Bild eines
reizenden Blumengarten darstellenden geheiligten Ruheortes befindet sich ein
steinernes, würdiges Denkmal mit aufgesetztem Kreuz. — Der preuß. Di-
visionsprediger aus Nancy hielt in Gegenwart der ganzen Garnison, wel-
cher sich das Personal der dortigen bairischen Etappe angeschlossen hatte, die
Einweihungsrede, worauf eine Kompagnie des Kaiserl. Regts. Nr. 39 den
schimmernden Krieger die letzte Ehre durch die gebührenden drei Ehren-
salven gab, welche auch von drei aufgeführten Geschützen erwidert wurden.

— Gegenüber anderen Gerüchten erklärt die „Nordd. Allg.
Z.“: Der zum 28. und 29. d. M. nach Rastenburg einberufene
Landtag der Lauburgischen Ritter- und Landschaft, wird
zwar u. A. über verschiedene, mit der Einverleibung Laue-
burgs im Zusammenhang stehende Fragen Beschluß zu fassen
haben, über welche eine Einigung vor Feststellung des Ge-
setzesbills in den künftigen Paragraphen in über dem vorto-
tag nicht zugegangen.

— Der demokratische Wahlverein, welcher bekanntlich ins Leben
trat, um die Wahl Dr. Joh. Jakobys und der Gesinnungsgenossen desel-
ben in Berlin durchzusetzen, hat sich jetzt unter dem Namen „Demokratischer
Wahlverein“ konstituir und zum ersten Vorstehenden Dr. G. Weiß, zum
zweiten und dritten Dr. Semann und Dr. Lehmann erwählt. Schriftfö-
rer sind die Hrn. Dr. Vogt und Meißig, Kassierer Dr. Ball II. In der nächsten
Bereinsung am 28. April im Unterforum wird der Abg. Sonnemann ein
nen Vortrag halten.

— Bekanntlich haben einige katholische Edelleute aus Schlesien, zur
„Deutschen Reichspartei“ (Freikonservative) gehörig, gegen die Anträge der
Ultramontanen gesprochen. In Folge dessen wird nun dem hiesigen katho-
lischen Blatte „Germania“ von Breslau geschrieben, daß das Auftreten der
schlesischen katholischen Mäntler im Reichstage den Fürstbischof
Dr. Heinrich Förster so betrübt hätte, daß derselbe schon Schritte gethan
hätte, um seinen Austritt aus der genannten Genossenschaft zu veranlassen.
Als indeß dieses sein Vorhaben unter den schlesischen Mäntlern bekannt ge-
worden, hat sich eine Deputation, bestehend aus dem Herzoge von Ratibor
und den Grafen Diola und Frankenbera, zu ihm begeben, um ihn zu er-
suchen, er möge fernerhin im Ritter-Orden verbleiben. Der Fürstbischof
hat sich in Folge dessen bewegen lassen, von seinem Vorhaben abzustehen.

Köln, 22. April. Dr. Fr. Michalis, der aus dem ersten
Reichstage bekannte Professor der Theologie aus Braunsberg,
hielt gestern einen Vortrag über „die gegenwärtige Lage der
katholischen Kirche und die Aussichten für die Zukunft.“ Das
Interesse des Gegenstandes und die Persönlichkeit des Vortra-
genden hatten eine große Zuhörerschaft versammelt. Am Schlusse
erklärte: Redner, er würde sich durch die Exkommunikation nicht
irre machen lassen, sondern forsühren in dem großen Kampfe,
an welchem sich bis jetzt noch zu Wenige aus der Geistlichkeit
betheiligten. Er forderte die Versammlung auf, eine Adresse an
Döllinger zu unterschreiben und verließ die Tribüne unter der
lebhaftesten Zustimmung.

Oesterreich.

Wien, 22. April. Für die Einladung, die Bischof
Rüdiger von Graz erhielt, nach Hof zu kommen, wurde eine
Formel gewählt, die nach einer beabsichtigten Mahregelung aus-
sehen sollte. Es hieß der Bischof sei berufen ad audiendum
verbum Imperatoris. Mitthin schien es sich um einen Verweis
handeln zu sollen, den Bischof auf den rechten Weg zu führen
und den Frieden zwischen ihm und der Staatsgewalt zu sichern.
Das ist jedoch nicht beabsichtigt gewesen, Bischof Rüdiger ist
nur zu einer Konferenz wegen des Unterrichtsgesetzes geladen
und wird hier allerdings Gelegenheit haben, seinen Standpunkt
gegenüber dem Staatsgesetz geltend zu machen. Daß der Kon-
flikt, der bereits offen genug vorhanden ist, hierdurch seiner
Lösung einen Schritt näher geführt wird, liegt auf der Hand.

Frankreich.

Paris, „Siecle“ sagt:
Am Sonntag (16.) zwischen 4 und 5 Uhr, als man eben in der Kirche
St. Vincent de Paul die Messe feierte, umgaben Nationalgarden die Kirche
und schlossen die Priester in der Sakristei ein. Während dieser Zeit nahm
man das Chorium und andere zum Kultus gehörende Gegenstände weg.
Wir müssen hinzufügen, daß keiner der Priester verhaftet wurde. — Die
Concilerie schließt in diesem Augenblicke ungefähr sechzig Priester in sich
ein. Wir kennen die Zahl der in Mazas, La Roquette, La Santé und an-
derswo eingekerkerten Priester nicht. — Im „Vien public“ liest man: Die

Druck und Verlag von M. Decker & Co. (E. Köpfel) in Wien